

---

# EU-Erweiterung: Überschätzte ökonomische Effekte

Am 1. Mai 2004 treten acht mittel- und osteuropäische Länder (MOEL) sowie die Mittelmeerinseln Malta und Zypern der Europäischen Union bei. Die Bevölkerung der EU wächst mit einem Schlag um rund ein Fünftel, das Gebiet der EU vergrößert sich um fast ein Viertel. Selbst wer nur ein kurzes historisches Gedächtnis hat, kommt aus dem Staunen nicht heraus. Ohne große gesellschaftliche Verwerfungen oder gar blutige Wirren haben die mittel- und osteuropäischen Staaten in wenig mehr als zehn Jahren die schwierige Transformation von Plan- zu Marktwirtschaften geschafft. Die Bewohner kennen „Reformen“ nicht nur aus mehr oder weniger abstrakten Agenden, Parteiprogrammen oder Ökonomielehrbüchern. Viele haben den sozio-ökonomischen Wandel als schmerzhaft, oft leidvolle Alltagserfahrung erlebt. Führen im Westen Europas bei einer verwöhnten Nachkriegsgeneration bereits sanfte Einschnitte in gut ausgebaute soziale Netze zu Massenprotesten, sind die „neuen“ Europäer veränderungserprobt. Sie haben mit Erfolg alte staatliche Krücken weggeworfen und selber laufen gelernt.

Natürlich ist in den MOEL noch längst nicht alles im Reinen. Sicher bestehen alte Seilschaften weiter, gibt es vereinzelt Korruption, mag sich in einen oder anderen Falle der Wettbewerb nur auf dem Papier abspielen und werden freie Märkte in der Praxis durch allerlei bürokratische, administrative oder landesspezifische Hemmnisse behindert. Bei aller berechtigten Kritik, dass noch einiges im Argen liege und manches wesentlich besser gemacht werden müsse, bedarf es hingegen der Fairness und des Augenmaßes. Auch in Westeuropa herrscht nicht die reine Marktwirtschaft, gibt es Kartelle und Zugangsbarrieren, stöhnen viele über Bürokratie und Regulierungen und finden sich Vetternwirtschaft, Bestechung und Schwarzarbeit.

Der 1. Mai hat eine gewaltige politische Symbolkraft. Ökonomisch ist er – zumindest kurzfristig – unbedeutend. Wenig wird sich ändern. Die verschiedenen makroökonomischen Simulationsmodelle, mit deren Hilfe die Wachstumsimpulse der EU-Erweiterung abgeschätzt werden, zeigen ein weitgehend übereinstimmendes Bild: Für die heutigen 15 EU-Länder errechnet sich im Durchschnitt ein Anstieg des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von insgesamt deutlich weniger als 1%. Am meisten profitieren Österreich und Deutschland. Ihr BIP dürfte um knapp 2% bzw. um etwas über 1% steigen. Dabei muss noch beachtet werden, dass es sich bei dem BIP-Anstieg um einen „abdiskontierten“ einmaligen Niveaueffekt handelt und nicht um eine dauerhafte Erhöhung der Wachstumsraten! Aus der Sicht der alten EU-Länder bleibt es für lange Zeit ökonomisch völlig belanglos, ob die MOEL der EU angehören oder nicht. Die EU-Erweiterung folgt politischer Absicht und nicht ökonomischer Notwendigkeit!

Drei herausragende Gründe erklären die fehlende ökonomische Bedeutung der EU-Erweiterung. Erstens sind die meisten wirtschaftlichen Effekte längst vorweggenommen. So ist der Güterhandel zwischen Ost- und Westeuropa durch die Europaabkommen schon in den letzten Jahren weitgehend liberalisiert worden. Zweitens verhindern in einigen Bereichen lange Übergangsfristen, dass es mit dem weiteren Zusammenwachsen Europas zügig vorangehen wird. So kann beispielsweise die Freizügigkeit von Personen vorerst für fünf und insgesamt für sieben Jahre ausgesetzt werden, eine Möglichkeit von der mittlerweile nahezu alle 15 EU-Länder Gebrauch machen werden. Gerade die Freizügigkeit für Arbeitskräfte würde jedoch ein entscheidender Faktor sein, um noch weitergehende Wachstumsimpulse eines Gemeinsamen Marktes auszulösen. Doch hier dominieren diffuse Ängste die Erwartungen.



Thomas Straubhaar

---

Die Furcht vor einer Ost-West-Massenwanderung sitzt tief, obwohl alle ernst zu nehmenden Schätzungen zu einem eigentlich beruhigenden Ergebnis kommen. Trotz sehr unterschiedlicher Annahmen, Vorgehensweisen und Schätzverfahren ergibt sich als „Faustregel“, dass insgesamt etwa 3% der mittel- und osteuropäischen Bevölkerung über eine längere Periode von ein bis zwei Dekaden nach den heutigen EU-Ländern umziehen dürften. Über eine sehr lange Zeitspanne von zehn bis 20 Jahren könnten somit zwischen 2 und 3 Mill. Menschen aus den MOEL nach Westen wandern. Wird die Rückwanderung mit berücksichtigt, dürften etwa die Hälfte davon – also 1 bis 1,5 Mill. Menschen aus den MOEL – in der heutigen EU bleiben. Bezogen auf die gesamte EU-Bevölkerung entspricht das gerade einmal einer Zuwanderung von einem halben Prozent – wahrlich kein Grund für ein Bedrohungsszenario.

Drittens liegt der Lebensstandard und damit die gegenwärtige Kaufkraft in den MOEL nach wie vor weit unter dem EU-Durchschnitt. In realen Größen gerechnet, die sich an der Kaufkraft der Einkommen orientieren, liegen die durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen in den MOEL heute bei weniger als der Hälfte des Durchschnitts der alten 15 EU-Länder – in der Tschechischen Republik und Ungarn liegen sie knapp unter 60% des EU-Durchschnitts, in Polen bei weniger als 40%. Die Wirtschaftskraft aller zehn neuen EU-Beitrittsländer zusammen erreicht insgesamt nur etwa 5% des Bruttoinlandsproduktes der heutigen 15 EU-Länder. Daran wird sich auf Jahrzehnte nichts ändern, vor allem auch, weil sich die Geschwindigkeit des Aufholprozesses in den letzten Jahren deutlich verlangsamt hat.

In den meisten MOEL zeigt sich ein für Transformationsländer ohnehin typischer J-Kurven-Effekt, der sich durch die EU-Vollmitgliedschaft noch einmal verschärfen wird. Damit ist gemeint, dass es nach dem Beitritt zum Gemeinsamen Markt den mittel- und osteuropäischen Beitrittsländern zuerst schlechter geht, bevor langfristig eine Besserung eintreten wird. Der durch den EU-Beitritt beschleunigte Strukturwandel wird erst in der längeren Frist positive Wachstumsimpulse erzeugen, die das BIP in den MOEL durchschnittlich um jährlich 1 bis 2% steigen lassen und insgesamt zu einem Niveaueffekt von 5 bis 8% des BIP führen könnten.

Auf dem Weg zu mehr Wachstum wird der Gemeinsame Binnenmarkt in Osteuropa jedoch zunächst den Wettbewerb verschärfen und so den Strukturwandel von teils noch stark agrarischen, teils stark arbeitsintensiven industriellen Tätigkeiten zu einer kapitalintensiveren Produktion beschleunigen. Wenig produktive Arbeitsplätze werden verschwinden. Über kurz oder lang wird Rationalisierung und Automatisierung auch in Osteuropa ein Thema werden. Die Beschäftigung der freigesetzten Arbeitskräfte wird zum Problem. Dabei sollten sich die MOEL keine falschen Hoffnungen machen. Die EU wird über finanzielle Hilfen den Anpassungsprozess zwar abmildern. Hierfür hat sie aber nur vergleichsweise bescheidene Mittel bereit gestellt. Der Finanzrahmen der EU für die Osterweiterung beträgt für die Jahre 2004 bis 2006 insgesamt gerade einmal 41 Mrd. Euro für rund 75 Mill. Menschen. Nur zum Vergleich: für die rund 17 Mill. Ostdeutsche fließen seit 14 Jahren jährlich netto etwa 80 Mrd. Euro (oder rund ein Drittel des ostdeutschen BIP) von West- nach Ostdeutschland.

Die EU-Osterweiterung ist zuallererst ein politisches Projekt, das erst in der langen Frist auch ökonomische Erträge abwerfen wird. Das spricht nicht gegen die Osterweiterung. Aber es spricht für eine ungeschminkte Offenlegung der ökonomischen Ausgangslage. Denn enttäuschte ökonomische Erwartungen könnten mehr Schaden anrichten, als die EU-Osterweiterung politisch Gutes mit sich bringt.